

Im Interview mit Frau Dr. Alina Tiewes vom Hans-Bredow-Institut Hamburg
Kompetenzbereich Mediengeschichte



Politische Schlagworte und ihre Sprengkraft

In der DDR gab es offiziell nur „Umsiedler“, in der damaligen Tschechoslowakei sprach man von „Ausweisung“. Damals wie heute findet beim Thema Flucht und Vertreibung eine Verschlagwortung in der öffentlichen Debatte wie auch im Sprachgebrauch Einzelner statt. Wie kommt es zu diesen Labels und welche Rollen spielen sie im Hinblick auf die Integration der Menschen?

Ja, das stimmt, beim Sprechen über Fluchtbewegungen kommt es sowohl in der Öffentlichkeit als auch individuell schnell zur Bildung von Sammelbegriffen und Labels. Das war historisch so und das beobachten wir auch gegenwärtig. Allerdings ist es ein höchst problematischer Prozess, denn diese Begriffe bilden die Vielfalt an Schicksalen, Ereignissen und Herkunftsregionen, die hinter ihnen stehen, keinesfalls ab.

Gesellschaften brauchen Konsensbegriffe, um sich zu verständigen. Sie sind Eckpfeiler, um sich zu vergewissern, dass man über dieselbe Sache spricht. Massenmedien tragen ihren Teil zur Zuspitzung und Etablierung von Schlagworten bei. Auch sie wollen deutlich machen, dass sie sich am Gespräch über ein bestimmtes Thema beteiligen und müssen dabei von vielen verschiedenen Rezipienten verstanden werden. Sie brauchen deshalb Begriffe, die für große Publika taugen. Das sind unvermeidbare Eigenlogiken der medienvermittelten öffentlichen Kommunikation. Umso mehr ist es aber an uns Einzelnen, immer wieder innezuhalten und die Schlagworte zu hinterfragen. Sonst laufen wir Gefahr, Menschen und Ereignisse ungerechtfertigt vorzuverurteilen.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 etwa stammten aus sehr unterschiedlichen Ländern und Kulturregionen, die teilweise viele hunderte bis tausende von Kilometern voneinander entfernt lagen, so wie das protestantisch geprägte Ostpreußen an der nordöstlichen Ostsee und das katholische Böhmen im Westen der damaligen Tschechoslowakei, um nur zwei von etlichen

Beispielen zu nennen. Viele von „Flucht und Vertreibung“ Betroffene hatten somit wenig gemein, sprachen unterschiedliche Dialekte und gehörten verschiedenen Konfessionen an. Aber nach 1945 fasste man alle Deutschen aus Osteuropa mit dem Sammelbegriff „Flüchtlinge und Vertriebene“ zusammen.

„Flüchtlinge“ waren eigentlich zunächst nur diejenigen, die ab dem Winter 1944/45 überstürzt vor der Front nach Westen fliehen mussten. Als Vertriebene hingegen galten anfangs die Menschen, die im Zuge sogenannter „wilder Vertreibungen“ zwischen Mai und August 1945 sowie in Folge des Potsdamer Abkommens ab August 1945 durch verordnete Aussiedlungen erzwungen nach Westen kamen. Das Bundesvertriebenengesetz von 1953 regelte die Begriffe noch einmal neu. Organisierte Vertriebene in der Bundesrepublik sprachen von sich teilweise als Heimatvertriebenen – noch einmal ein neuer Begriff, der ein „Recht auf Heimat“ und Rückkehrwünsche zum Ausdruck bringen sollte. Auch Vertriebenenverbände trugen zur Etablierung von Sammelbegriffen bei, um sich als große Gruppe positionieren und viele landsmannschaftliche Klientel zugleich vertreten zu können. Die DDR-Regierung wiederum prägte den Begriff „Umsiedler“, weil der besser in ihr ideologisches und außenpolitisches Konzept passte, das auf Ausgleich mit Osteuropa zielte. Begriffe für Flüchtlinge – oder überhaupt bestimmt Bevölkerungsgruppen – spiegeln also stets jeweilige Positionen im politischen Diskurs wider.

„Deutsche als Opfer“

Als die Verbrechen des NS-Regimes mehr und mehr ins öffentliche Bewusstsein traten, wurde nicht mehr gern von Deutschen als Opfern gesprochen. Welche Rolle spielte dies für den Vertreibungsdiskurs?

In den 1960er Jahren gerieten die Vertriebenenverbände mehr und mehr in die Kritik, weil nun grundsätzlich ein kritischerer Umgang mit der deutschen Vergangenheit, mit dem Verhältnis von Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkriegs begann. Die Aufarbeitung der NS-Verbrechen schritt voran. Auch wuchs eine neue Generation heran, die Fragen nach der Mitverantwortung nicht nur ihrer Eltern, sondern auch bestehender gesellschaftlicher Eliten an Verbrechen im Krieg und Nationalsozialismus stellte. Viele Vertriebenenpolitiker waren nicht unbelastet. Der Fall des Bundesvertriebenenministers Theodor Oberländer wurde hier zur Zäsur. Der Prozess, den die SED in der DDR Ende der 1950er Jahre gegen ihn in Gang setzte, war zwar ein Schauprozess bar jeder Rechtsstaatlichkeit. Aber er trat in der Bundesrepublik eine Debatte über NS-Kontinuitäten im Kabinett Adenauer und im Vertriebenenmilieu los. Oberländer war schon in den 1920er Jahren Sympathisant der NSDAP und seit 1933 überzeugtes Parteimitglied gewesen. Er unterstützte die rassistische deutsche Besatzungspolitik in Osteuropa und war in Pogrome gegen Juden in der Ukraine verwickelt. 1960 musste er von seinem Ministeramt zurücktreten. Auch die Bundesvorsitzenden der Vertriebenenpartei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) der 1950er Jahre waren, wie wir heute wissen, NS-belastet. Aber diese umfängliche kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Vertriebenenorganisationen ist erst in den letzten Jahren möglich geworden. Michael Schwartz hat hier wohl die wichtigste Studie vorgelegt. Zum Fall Oberländer hat der Historiker Philipp-Christian Wachs wesentlich geforscht.

„Willkommenskultur“ – heute und damals

Lassen sich die Willkommenskultur und die Ablehnung gegenüber Flüchtlingen heute mit derjenigen von damals vergleichen?

Ja und nein: Fest steht, auch damals gab es unter der ansässigen Bevölkerung sowohl Hilfsbereitschaft als auch Ablehnung, aber in anderem Maße und unter ganz anderen Umständen als heute.

Viele Forschungen belegen, dass Flüchtlinge und Vertriebenen in der ersten Zeit sehr viel Hilfe von Einheimischen erhalten haben. Als sich aber abzeichnete, dass ihr Aufenthalt von Dauer sein würde und sie nicht so schnell, oder möglicherweise nie wieder, in ihre Herkunftsregionen würden zurückkehren können, schlug die Hilfsbereitschaft vieler Ansässiger in Ablehnung um. Von Ende der 1940er bis Ende der 1950er Jahre waren die Spannungen zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen besonders groß. Immer wieder kam es zu offenen Anfeindungen und fremdenfeindlichen Aktionen. Viele Flüchtlinge und Vertriebenen berichten von den Diskriminierungen, die sie erfahren haben: Junge Frauen, die die Söhne Einheimischer nicht heiraten durften oder Flüchtlingskinder, die in der Schule gehänselt und ausgegrenzt wurden. Aber wie überall gab es auch hier die anderen Geschichten. Gerade Kinder und Jugendliche fanden oft auch sehr guten sozialen Anschluss und lebten sich schnell ein. Anders als ihre Eltern fiel ihnen der Abschied von der „alten Heimat“ nicht so schwer.

Bedeutung des Radios für den Diskurs über Flucht und Vertreibung

Wie verhielten sich die Massenmedien? Eines der wichtigsten war damals das Radio: Wie wirkte es sich auf die öffentliche Meinung zum Thema Flucht und Vertreibung aus?

Das Radio war in der Tat eines der wichtigsten Medien in den ersten Nachkriegsjahren. Erst ganz am Ende der 1950er Jahre trat nach und nach das Fernsehen hinzu. Radioreporter begleiteten die Entwicklungen in der Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik nach 1945 von Anfang an. Sie berichteten aus Flüchtlingslagern, interviewten Betroffene, Politiker und Funktionäre. Häufig brachten sie Features über die ‚erfolgreichen‘ Vertriebenen, also Menschen, die den Neustart geschafft hatten, sich eine neue berufliche Existenz gegründet hatten und auch sozial und emotional Anschluss in der neuen Umgebung gefunden hatten. Hört man sich diese Sendungen heute an, merkt man, wie sie damals den Neuankömmlingen einerseits Mut machen sollten, andererseits die Ansässigen von der Tatkraft und Selbstständigkeit der Flüchtlinge und Vertriebenen überzeugen sollten.

Welche Rolle für Integration aber auch für Erinnerungspolitik und Deutungskämpfe spielten die Organisationen, die die Vertriebenen selbst gründeten, beispielweise der Bund der Vertriebenen?

Die nach dem Krieg gegründeten Landsmannschaften, die bald in zwei Dachorganisationen und 1957/58 schließlich in den Bund der Vertriebenen (BdV) übergingen, waren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten sehr wichtige Organisationen für die Flüchtlinge und Vertriebenen. Der Historiker Matthias Stickler unter anderen hat ihre Geschichte umfassend erforscht. Anfangs unterstützten die Landsmannschaften die Erfassung der verstreuten Mitglieder früherer Gemeinden, so dass Menschen sich wiederfinden konnten. Bald darauf begannen die Vereine mit der Organisation von Heimattreffen. Die Vertriebenenverbände aber auch die entsprechenden politischen Parteien und die entsprechenden Ministerien auf Länder- und Bundesebene traten für eine Verbesserung der aktuellen Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen ein. Ein Problem war beispielsweise, dass viele Betroffene bis weit in die 1950er Jahre hinein noch in Notunterkünften ausharren mussten.

Die Vertriebenenorganisationen und -institutionen setzten außerdem eine gezielte Erinnerungspolitik in Gang. Auf den Heimattreffen, aber auch in Mitgliederzeitschriften, in Heimatstuben und -museen, auf öffentlichen Veranstaltungen oder bei Auftritten im Hörfunk und Fernsehen, um die sich Verbandsvertreter bemühten, betrieben sie aktiv die Pflege einer Erinnerung an die Herkunftsregionen der Vertriebenen – ihre „alte Heimat“. Vielfach war damit der Wunsch nach Rückkehr in diese Regionen verbunden. Man muss dabei heute bedenken: In den 1950er Jahren war die Situation noch ganz offen. Man wusste nicht, wie die außenpolitische Situation sich entwickeln würde und da das Potsdamer Abkommen kein völkerrechtlicher Friedensvertrag war, hofften viele auf eine Möglichkeit, in die „alte Heimat“ zurückzukehren. Politiker aller Parteien fütterten diese Hoffnung mit entsprechenden wahltaktischen Aussagen.

Insgesamt kann man sagen, dass die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik der 1950er Jahre vielfältige wichtige Funktionen im Integrationsprozess übernahmen. Ihre tagespolitische Bedeutung für die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen verloren die Verbände im Laufe der Jahrzehnte aber in dem Maße, wie die Eingliederung tatsächlich erfolgreich voranschritt. Die Mitgliederzahlen sanken über die Jahre und nur ein geringer Teil der einstigen Flüchtlinge und Vertriebenen oder ihrer Angehörigen fühlte sich noch durch die Verbände vertreten. Spätestens ab den 1980er Jahren blieben Kulturpflege und Erinnerungsarbeit letztlich die einzigen Domänen der Vertriebenenverbände; die Integration war abgeschlossen.